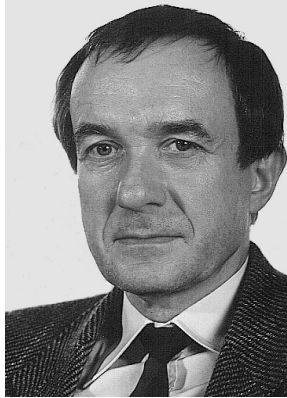


Während in den Bereichen der Politik und Kultur nach wie vor Weltoffenheit als Tugend gilt und Patriotismus als deren Gefährdung eher mit Mißtrauen begegnet wird, vollzieht sich zur Zeit im Bereich der Wirtschaft nahezu unaufhaltsam ein Wertewandel in umgekehrter Richtung. Die Globalisierung – vor kurzem noch als Keimzelle einer weltweiten Dorf-gemeinschaft gefeiert – und selbst die Überwindung der nationalen Grenzen in der EU wird sowohl aus dem rechten als auch aus dem linken Lager als kalter Neoliberalismus gebrandmarkt. Statt dessen wird die Bewahrung der letzten Reste nationaler Souveränität zur patriotischen Pflicht erklärt. Nachdem die Handelsschranken kaum noch greifen, geht es jetzt darum, nationale Unternehmen vor dem Zugriff ausländischer Investoren zu verteidigen. Als vaterlandslose Gesellen gelten nicht wie weiland unter Wilhelm II. die Sozialdemokraten, sondern die Aktionäre, die den Übernahmeofferten nicht widerstehen.

Die Renaissance des Wirtschaftspatriotismus erklärt sich daraus, daß er nicht mehr nur von der Sorge um gefährdete Arbeitsplätze zehrt, sondern inzwischen auch von der Angst vor Abhängigkeit von Fremden. Auf diesem Ohr sind auch die Amerikaner äußerst hellhörig. So erklärt es sich, daß der amerikanische Kongreß die eigene Regierung sowie die verbündeten Vereinigten Arabischen Emirate desavouierte. Der dort ansässige Hafenbetreiber Dubai Port hatte die britische Gesellschaft P&O erworben und hätte damit auch das Management über sechs amerikanische Häfen übernommen. Der lautstarke Widerstand des Kongresses gegen befürchtete Fremdbestimmung veranlaßte Dubai Port zur Ankündigung, daß die US-Häfen ausgegliedert würden.



Hans-Hagen Härtel

Bedrohlicher Wirtschaftspatriotismus

Die geradezu reflexartige Reaktion des US-Kongresses steht im Kontrast zu der amerikanischen Praxis, ausländische Regierungen strikt zur Marktöffnung zu zwingen. Überdies hat die US-Exekutive jederzeit die Macht, ausländische Hafenbetreiber zur Einhaltung amerikanischer Gesetze und Zollvorschriften anzuhalten. Nüchtern betrachtet, wären Dubai Port und die Vereinigten Arabischen Emirate größere Risiken eingegangen als die USA.

In Europa hat die französische Regierung den Patriotismus zuletzt wegen der Sorge um die Energieversorgung auf den Plan gerufen. Sie verordnete – um die Übernahme durch die italienische Enel zu verhindern – die Fusion des privaten Energieversorgers Suez mit der staatlichen Gaz de France. In ähnlicher Weise will die spanische Regierung verhindern, daß der deutsche Energiekonzern E.on den spanischen Stromkonzern Endesa übernimmt, und bevorzugt statt dessen die Übernahme von Endesa durch die spanische Gas Natural. Was steht dahinter?

Die meisten EU-Mitglieder sind, was Mineralöl und Erdgas angeht

Habenichtse, und auch in Großbritannien und in den Niederlanden steigt der Anteil der Gas- und Ölimporte. Sie sind auf langfristige Lieferverträge angewiesen. Es ist unwahrscheinlich, daß die EU die Versorgung auf den kartellierten Erdöl- und Erdgas-Märkten am besten dadurch sichert, daß jedes Mitglied mit seinen nationalen Versorgern bei den Lieferanten anknüpft. Mehr spricht dafür, die Sicherung der Öl- und Gasversorgung in der EU zu koordinieren und auch eine Konzentration der Energieversorger zuzulassen. Die für Autarkisten typische Furcht vor ausländischer Erpressung ist mit dem liberalen Rezept zu begegnen. Öffnet die Märkte, erleichtert wirtschaftliche Verflechtungen, so daß alle Staaten gegenseitig in einem unentwirrbaren Abhängigkeitsverhältnis stehen!

Der Übergang von einer nationalen zur europäischen Energiepolitik wird derzeit allerdings dadurch erschwert, daß die Energieversorger unterschiedliche Auflagen, z.B. die Vorhaltung von Speichern oder die Quersubventionierung zugunsten von Branchen oder Privathaushalten, erfüllen müssen. Unter diesen Umständen würde eine unreglementierte Marktöffnung zur „beggar-my-neighbour-policy“ einladen. Eine echte Öffnung der nationalen Märkte in der EU setzt die Standardisierung von Auflagen voraus.

Allerdings ist Skepsis angebracht. Der negative Ausgang der Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden hat den Wirtschaftspatrioten enormen Auftrieb gegeben. Ihn wieder einzudämmen, ist das Gebot der Stunde. Die Probe aufs Exempel wird der Ausgang des Konflikts zwischen der EU-Kommission und der polnischen Regierung wegen der Bankenfusion Unicredit/HVB sein.